



Amtsblatt für das Amt Peitz

Amtske łopjeno za amt Picnjo

mit seinen Gemeinden

Drachhausen, Drehnow, Heinersbrück, Jänschwalde, Tauer,
Teichland, Turnow-Preilack und der Stadt Peitz

Jahrgang 21, Nummer 6, Peitz, den 2. Mai 2012

IMPRESSUM

Herausgeber: Amt Peitz

Verantwortlich für den amtlichen und nichtamtlichen Teil:

Die Amtsdirektorin des Amtes Peitz, Elvira Hölzner,

03185 Peitz, Schulstraße 6,

Telefon (03 56 01) 38 -0, Telefax: (03 56 01) 38 -170

Redaktion: Telefon (03 56 01) 38 -115, Telefax: (03 56 01) 38 -177

www.peitz.de, peitz@peitz.de

Druck und Verlag:

Verlag + Druck LINUS WITTICH KG,

vertreten durch den Verlagsleiter Ralf Wirz

04916 Herzberg (Elster), An den Steinenden 10,

Telefon: (0 35 35) 4 89 -0, Telefax: (0 35 35) 4 89 -1 15

Das „Amtsblatt für das Amt Peitz/Amtske łopjeno za amt Picnjo mit seinen Gemeinden Drachhausen, Drehnow, Heinersbrück, Jänschwalde, Tauer, Teichland, Turnow-Preilack und der Stadt Peitz“ erscheint mindestens einmal Monat, jeweils Mittwoch mit einer Auflage von 5.436 Stück und wird an alle erreichbaren Haushalte im Amt Peitz kostenlos verteilt.

Einzel Exemplare sind kostenlos beim Herausgeber oder gegen Kostenerstattung über den Verlag zu beziehen.

Für nicht gelieferte Zeitungen infolge höherer Gewalt oder anderer Ereignisse kann nur Ersatz des Betrages für ein Einzel Exemplar gefordert werden. Weitergehende Ansprüche, insbesondere auf Schadenersatz, sind ausdrücklich ausgeschlossen.

Darüber hinaus kann das Amtsblatt zum Jahrespreis von 57,16 Euro (inkl. MwSt. und Versand) über den Verlag bezogen werden.

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Bekanntmachungen

Vattenfall Europe Mining & Generation AG

Emissionen des Kraftwerkes Jänschwalde 2011

Seite 2

Sonstige Amtliche Mitteilungen

Adresse/Sprechstunden

Seite 3

Jahreshauptversammlung Jagdgenossenschaft Turnow

Seite 3

Sitzung des Seniorenrates des Amtes Peitz

Seite 3

Sitzungstermine

Seite 3

Beschlüsse der Gemeindevertretungen

Seite 3

Wahlbekanntmachung

Seite 7

Öffentliche Bekanntmachungen

Vattenfall Europe Generation AG

Emissionen des Kraftwerkes Jänschwalde Werke 1 und 2 im Jahr 2011

Die Vattenfall Europe Generation AG betreibt auf der Gemarkung der Gemeinde Neuendorf das Kraftwerk Jänschwalde. In den Dampfkesseln der Werke 1 und 2 werden auf der Grundlage einer immissionschutzrechtlichen Genehmigung des LUA Brandenburg neben den Regelbrennstoffen Braunkohle und Heizöl auch Sekundärbrennstoffe mitverbrannt.

Mit der Erteilung des Genehmigungsbescheides zur Mitverbrennung von Sekundärbrennstoff in den Dampfkesseln der Werke 1 und 2 des Kraftwerkes Jänschwalde sind in Umsetzung des § 18 der 17. BImSchV die Emissionen an Luftschadstoffen jährlich der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

In Erfüllung dieser Verpflichtung wird nachfolgend für das Jahr 2011 über die Ergebnisse der Luftreinhaltung bei der Mitverbrennung von Sekundärbrennstoffen in den Werken 1 und 2 des Kraftwerkes Jänschwalde berichtet:

1. Emissionsgrenzwerte für die kontinuierlich gemessenen Schadstoffe:

Schadstoff	einzuhaltende Emissionsgrenzwerte in mg/Nm ³	
	Tagesmittelwert	Halbstundenmittelwert
Gesamtstaub	10	30
Stickstoffoxide	200	400
Schwefeloxide	369	738
Kohlenmonoxid	233	466
Quecksilber	0,03	0,05

An den Kraftwerksblöcken der Werke 1 und 2 traten insgesamt 2 Einzelüberschreitungen von Halbstundenmittelwerten der Schadstoffe CO und Staub auf, welche jedoch nicht auf die Mitverbrennung von Sekundärbrennstoffen zurückzuführen waren.

Weiterhin konnten je 1 Tagesmittelwert der Komponenten NOx, CO und Staub nicht eingehalten werden, was ebenfalls nicht auf die Mitverbrennung zurückzuführen war. Den Anforderungen an die Information der Behörde nach § 16 (1) der 17. BImSchV wurde dabei jeweils entsprochen.

Überschreitungen von Immissionsgrenzwerten waren zu keiner Zeit zu verzeichnen. Die Ergebnisse der an der kontinuierlichen Emissionsmesstechnik durchgeführten Kalibrierungen bzw. Vergleichsmessungen weisen nach, dass diese Geräte die Emissionen der Kraftwerksblöcke entsprechend den geltenden Vorschriften erfassen und auswerten.

2. Grenzwerte und Messwerte für Schadstoffe, die jährlich durch Einzelmessungen zu überwachen sind

In der Änderungsgenehmigung zur Mitverbrennung von Sekundärbrennstoffen ist festgelegt, dass für die nicht kontinuierlich überwachten Schadstoffe im ersten Betriebsjahr sechs Einzelmessungen in regelmäßigen Abständen zu erfolgen haben. In den nachfolgenden Betriebsjahren haben jährlich wiederkehrend Einzelmessungen an drei Tagen an einem Dampferzeuger zu erfolgen.

Im Werk 1 fanden gemäß Genehmigung die Messungen am Rauchgaskanal des Dampferzeugers A 1 im Zeitraum 07., 08. und 14.06.2011 statt.

Im Werk 2 wurden die Messungen im Zeitraum 06. bis 08.04.2011 am Rauchgaskanal des Dampferzeugers C1 durchgeführt.

Folgende Ergebnisse werden durch den Gutachter ausgewiesen:

Schadstoff	Emissionsgrenzwert mg/Nm ³	Werk Y1		Werk Y2	
		Mittelwerte der Einzelmesswerte mg/Nm ³	Höchster Einzelmesswert mg/Nm ³	Mittelwerte der Einzelmesswerte mg/Nm ³	Höchster Einzelmesswert mg/Nm ³
organische Verbindungen angegeben als Gesamtkohlenstoff	10	1,4	1,7	1,9	2,6
Quecksilber (gesamt)	0,05	0,009	0,013	0,011	0,012
gasförmige anorganische Chlorverbindungen angegeben als Chlorwasserstoff	20	1,3	3,3	0,5	0,9
gasförmige anorganische Fluorverbindungen angegeben als Fluorwasserstoff	1	< 0,1	< 0,2	< 0,2	< 0,2
Summe Cadmium und Thallium	0,01	< 0,0002	< 0,0002	< 0,0002	< 0,0002
Summe Schwermetalle (Sb, As, Pb, Cr, Co, Cu, Mn, Ni, V, Sn)	0,5	0,056	0,103	0,155	0,02
Summe Schwermetalle (As, Cd, Cr, Co) + Benzo(a)pyren	0,05	0,01	0,012	0,016	0,023
Dioxine und Furane ¹⁾	0,05	0,004	0,0072	0,0015	0,0016

¹⁾ ngTEQ/Nm³ gemessen gemäß § 13 Abs. 3 der 17. BImSchV über 6 Stunden (TEQ - Toxizitätsäquivalent gemäß Anhang 1 zur 17. BImSchV)

Die zusammenfassenden Messberichte der Gutachter dokumentieren, dass bei der Mitverbrennung von Sekundärbrennstoffen diese Grenzwerte ausnahmslos sicher eingehalten werden.

Die Messberichte wurden vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg, Regionalabteilung Süd geprüft und nicht beanstandet.

Sonstige Amtliche Mitteilungen



AMT PEITZ
Amt Picnjo
Schulstr. 6
03185 Peitz

Bürgertelefon: 03 56 01/38 -0
Fax: 03 56 01/3 81 70
E-Mail: peitz@peitz.de
Internet: www.peitz.de

Bürgerbüro:

Tel: 03 56 01/3 80 -1 91,
-1 92, -1 93
Fax: 03 56 01/38 -1 96
E-Mail: info@peitz.de

Sprechstunden:

Mo. - Fr.: 09:00 bis 18:00 Uhr
jeden 2. und 4. Samstag
im Monat: 09:00 bis 12:00 Uhr

Jagdgenossenschaft Turnow

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Am Freitag, dem 22.06.2012 findet um 19:00 Uhr im Gasthof „Zum Goldenen Krug“, Dorfstraße 53, Turnow die Jahreshauptversammlung der Jagdgenossenschaft Turnow statt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der JG zum Geschäftsjahr 2011/2012
3. Bericht der Rechnungsprüferin zum Geschäftsjahr 2011/2012
4. Beschluss zur Entlastung des Vorstandes und der Kassenerin
5. Beschlussfassung für die Verwendung der Pachteinkünfte 2011/2012
6. Wahl des Kassenprüfers für 2012/2013 und 2013/2014
7. Beschluss zum Haushaltsplan 2012/2013
8. Bericht der Pächtergemeinschaft Turnow zur Jagdausübung und Entwicklung der Jagd in der Gemarkung Turnow
9. Anfragen und Informationen

Im Anschluss an die Versammlung wird wieder ein Imbiss gereicht. Eingeladen sind alle Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Flächen der Gemarkung Turnow, auf denen die Jagd ausgeübt werden darf. Ist ein Flächeneigentümer verhindert, so kann er sich durch einen schriftlich Bevollmächtigten in der Versammlung vertreten lassen.

Der Vorstand

Bekanntmachung der 19. Sitzung

des Seniorenbeirates des Amtes Peitz

Die 19. Sitzung des Seniorenbeirates des Amtes Peitz findet statt: **am Montag, dem 14.05.2012 um 10:00 Uhr** in der AWO Seniorenbegegnungsstätte August-Bebel-Straße 29 in Peitz.

Tagesordnung

1. Formalien
2. Eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 18. Sitzung des Beirates
3. Auswertung der Sitzung des Kreissenorenrates vom 26.03.2012
4. Beratung zum Stand der Vorbereitung der 19. Brandenburgischen Seniorenwoche im Amt Peitz
5. Informationen der Seniorenbegegnungsstätte
6. Allgemeine Informationen/Anfragen der Mitglieder Peitz, den 23.05.2012

E. Hölzner

Amtsleiterin

Sitzungstermine

- Stand bei Redaktionsschluss -

- Mi., 02.05.**
17:30 Uhr Gewerbe- und Tourismusausschuss der Stadt, Rathaus, Seminarraum
- Di., 08.05.**
19:00 Uhr Gemeindevertretung Drehnow, Gemeindehaus, Dorfstraße
- Mi., 09.05.**
17:00 Uhr Stadtverordnetenversammlung der Stadt Peitz, Rathaus, Ratssaal
- Do., 10.05.**
19:30 Uhr Gemeindevertretung Tauer, Gemeindebüro
- Fr., 11.05.**
19:00 Uhr Gemeindevertretung Drachhausen, Gemeindekulturzentrum
- Mo., 14.05.**
10:00 Uhr Seniorenbeirat des Amtes Peitz, Amtsbibliothek, Bedum-Saal
- Die, 15.05.**
19:00 Uhr Gemeindevertretung Teichland, Gemeindezentrum
- Do., 24.05.**
19:00 Uhr Gemeindevertretung Jänschwalde

Bekanntmachungen der Beschlüsse der Gemeindevertretungen

25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Peitz am 14.03.2012

öffentlicher Teil

Beschluss: SP/BA/231/2012

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Peitz beschließt die Vergabe von Bauleistungen für die Sanierung und den Umbau des ehem. Schulgebäudes Jahnplatz 1 zu einer Begegnungsstätte, hier: Außenanlagengestaltung, an Bieter Nr. 11 (Fa. ULT aus Guben).

Beschluss: SP/BA/227/2012

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Peitz beschließt die Vergabe von Bauleistungen für die Sanierung und den Umbau des ehem. Schulgebäudes Jahnplatz 1 zu einer Begegnungsstätte, hier: Fliesenlegerarbeiten, an Bieter Nr. 9 (Fa. Manfred Hoffmann, Turnow-Preilack).

Beschluss: SP/BA/228/2012

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Peitz beschließt die Vergabe von Bauleistungen für die Sanierung und den Umbau des ehem. Schulgebäudes Jahnplatz 1 zu einer Begegnungsstätte, hier: Maler- und Tapezierarbeiten, an Bieter Nr. 5 (Malerfachbetrieb Höhnisch GmbH & Co.KG, Spremberg).

Beschluss: SP/BA/226/2012

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Peitz beschließt die Vergabe des Bauteils Urnenstellenwand beim Bauvorhaben Peitz Trauerhalle Dammzollstraße an Bieter Nr. 2. (Fa. Focht Beton aus Seeheim-Jugendheim)

Beschluss: SP/BA/230/2012

Die Stadtverordnetenversammlung Peitz stimmt dem Antrag auf Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf den im beiliegenden Lageplan gekennzeichneten Grundstücken im Gewerbegebiet Gubener Vorstadt prinzipiell zu. Es ist ein Pachtvertrag abzuschließen.

Beschluss: SP/OA/225/2012

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Peitz beschließt die Festsetzung folgender Schließtage für die Kita „Sonnenschein“ im Jahr 2012: 30.04.2012; 18.05.2012; 01.11. - 02.11.2012 sowie 24.12. - 31.12.2012.

Beschluss: SP/OA/233/2012

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in den Nachtstunden für LKW zu beantragen.

nichtöffentlicher Teil

Beschluss: SP/BA/229/2012

Die Stadtverordnetenversammlung Peitz beschließt den Verkauf einer noch zu vermessenden Teilfläche in einer Größe von ca. 2.500 qm aus den Flurstücken 14 und 15/1 der Flur 11 in der Gemarkung Peitz an Einwohner. Der Kaufpreis bemisst sich auf der Grundlage der aktuellen Bodenrichtwerte.

Die Kosten der Teilung, die Notarkosten und die Kosten der katasterlichen Fortschreibung tragen die Erwerber.

27. Sitzung der Gemeindevertretung Tauer am 22.03.2012

öffentlicher Teil

Beschluss: Tau/BAD/064/2012

Die Gemeindevertretung Tauer beschließt die Führung eines Gemeindevappens gemäß Entwurf Nr. 4 a sowie die Führung von Banner/Fahne gemäß Entwurf Nr. 2.

Die GV beauftragt den Heraldiker Herrn Reipert mit der Erstellung des genehmigungsfähigen Wappens sowie von Flagge und Banner für die Gemeinde und mit der Vorbereitung des Genehmigungsverfahrens/ Einreichung der Unterlagen beim Landeshauptarchiv.

Beschluss: Tau/BA/063/2012

Die Gemeindevertretung Tauer beschließt die Gebührenfestlegung zum Verkauf von Gemeindeholz aus Baumfällungen in Höhe von 20,00 Euro/je Raummeter.

Die Einnahmen stehen zweckgebunden für die Baumpflegearbeiten in der Gemeinde Tauer zur Verfügung.

Beschluss: Tau/BA/066/2012

Die Gemeindevertretung Tauer beschließt, der Vermietung der Dachfläche der Sporthalle Tauer inkl. Nebengebäude zum Aufbau einer Photovoltaikanlage zu zustimmen.

Beschluss: Tau/BA/065/2012

Die Gemeindevertretung Tauer stimmt der Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Nordufer Großsee mit dem in Anlage dargestellten Geltungsbereich generell zu.

Die Finanzierung der Planungsleistung ist von der Interessengemeinschaft Nordufer Großsee zu übernehmen.

23. Sitzung der Gemeindevertretung Drehnow am 27.03.2012

öffentlicher Teil

Beschluss: Dre/BA/043/2012

Die Gemeindevertretung Drehnow lehnt die Vergabe von Planungsleistungen für die Vorplanung zur geordneten Niederschlagswasserbeseitigung der Ortslage Drehnow in Höhe von 13.100 Euro ab.

Beschluss: Dre/BA/044/2012

Die Gemeindevertretung Drehnow beschließt, dem Antrag auf Vorbescheid für den Abbruch eines Wohnhauses und Ersatzneubau an gleicher Stelle auf dem Flurstück 342 der Flur 1 in der Gemeinde Drehnow, das Einvernehmen zu erteilen.

Beschluss: Dre/BA/045/2012

Die Gemeindevertretung Drehnow beschließt die Vergabe von Bauleistungen zur Reparatur der Straßenbeleuchtung in der Gemeinde Drehnow an Bieter Nr.: 1 (Firma Gruneisen Elektro GmbH).

Beschluss: 4/23/65/12

Die Gemeindevertretung Drehnow beschließt die Vergabe der Baumfällungen „Pappeln“ an die Firma Handke.

30. Sitzung der Gemeindevertretung Turnow-Preilack am 30.03.2012

öffentlicher Teil

Beschluss: TuP/BA/104/2012

Die Gemeindevertretung Turnow-Preilack bestätigt die Eilentscheidung Nr. 05/07/12 vom 16.03.2012: Vergabe von Bauleistungen: Netzanschluss der elektrischen Anlagen an das Niederspannungsnetz der MITNETZ STROM zum Bauvorhaben: Umbau und Sanierung Kinderhaus Turnow.

Beschluss: TuP/BA/106/2012

Die Gemeindevertretung Turnow-Preilack beschließt die Vergabe der Ausstattung/Möbel für das „Kinderhaus Turnow“ an Bieter Nr. 2 (ICO GmbH Cottbus).

40. Sitzung der Gemeindevertretung Teichland am 10.04.2012

öffentlicher Teil

Beschluss: Tei/BA/157/2012

Die Gemeindevertretung Teichland beschließt die Vergabe von Bauleistungen für das Vorhaben „Maustmühle 4, Pension“ Freianlagen, an den Bieter Nr. 2 (Firma Heiner aus Tauer).

Beschluss: Tei/BA/162/2012

Die Gemeindevertretung Teichland beschließt, dem Bieter Nr. 1 (Firma FFD Bedachung Peitz)

den Auftrag für die Dachdeckerarbeiten (Los 21) beim Bauvorhaben „Umnutzung/Umbau Wohnhaus Mühle 4 zur Pension/ Errichtung Ergänzungsbau“ zu erteilen.

Beschluss: Tei/BA/161/2012

Die Gemeindevertretung Teichland beschließt, dem Bieter Nr. 3 (Firma Hengmith aus Teichland, OT Neuendorf) den Auftrag für die Trockenbauarbeiten (Los 31) beim Bauvorhaben „Umnutzung/Umbau Wohnhaus Mühle 4 zur Pension/Errichtung Ergänzungsbau“ zu erteilen.

Beschluss: Tei/BA/160/2012

Die Gemeindevertretung Teichland beschließt, dem Bieter Nr. 3 (Firma Hengmith aus Teichland, OT Neuendorf) den Auftrag für die Fliesenlegerarbeiten (Los 32) beim Bauvorhaben „Umnutzung/Umbau Wohnhaus Mühle 4 zur Pension/Errichtung Ergänzungsbau“ zu erteilen.

Beschluss: Tei/BA/159/2012

Die Gemeindevertretung Teichland beschließt, dem Bieter Nr. 1 (Firma Thomas Steckling aus Drebkau) den Auftrag für die Maler- und Bodenlegerarbeiten (Los 33) beim Bauvorhaben „Umnutzung/Umbau Wohnhaus Mühle 4 zur Pension/Errichtung Ergänzungsbau“ zu erteilen.

Beschluss: Tei/BA/158/2012

Die Gemeindevertretung Teichland beschließt die Vergabe der Bauleistungen für den Erlebnispark Teichland - SKYDIVE - Neubau, Fundament- und Tiefbauarbeiten an den Bieter 1 (Firma Hellmann Tiefbau GmbH aus Cottbus).

Amtlicher Teil

Sonstige Amtliche Mitteilungen

Land Brandenburg - Ministerium des Innern

Abstimmungsbehörde: Amt Peitz

Gemeinde: Drachhausen, Drehnow, Heinersbrück, Jänschwalde,
Tauer, Teichland, Turnow-Preilack, Stadt Peitz

Stimmkreis: 41 Spree-Neiße I

Bekanntmachung

über die Durchführung eines Volksbegehrens „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“

Die Vertreter der Volksinitiative „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“ haben fristgemäß die Durchführung eines Volksbegehrens verlangt. Die Landesregierung oder ein Drittel der Mitglieder des Landtages Brandenburg haben innerhalb der Frist des § 13 Abs. 3 des Volksabstimmungsgesetzes (VAGBbg) keine Klage gegen die Zulässigkeit des Volksbegehrens anhängig gemacht.

Das Volksbegehren kann durch alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger ab dem

4. Juni 2012 bis zum 3. Dezember 2012

durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten oder durch briefliche Eintragung auf den Eintragungsscheinen unterstützt werden. Gemäß § 17 Abs. 2 VAGBbg können die Bürgerinnen und Bürger ihr Eintragsrecht durch Eintragung in die amtliche Eintragungsliste nur bei der Abstimmungsbehörde der Gemeinde ausüben, in der sie ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben; diese Bürgerinnen und Bürger können ihr Eintragsrecht jedoch auch bei den zu Buchstabe A) angeführten weiteren Eintragungsstellen ausüben.

Eintragungsberechtigt sind gemäß § 16 VAGBbg in Verbindung mit §§ 5 und 7 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes (BbgLWahlG) alle deutschen Bürgerinnen und Bürger, die zum Zeitpunkt der Eintragung oder spätestens am **3. Dezember 2012**

- das 16. Lebensjahr vollendet haben, also vor dem 4. Dezember 1996 geboren sind,
- seit mindestens einem Monat im Land Brandenburg ihren ständigen Wohnsitz oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben sowie
- nicht nach § 7 BbgLWahlG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

A) Unterstützung des Volksbegehrens durch Eintragung in Eintragungslisten

Das Volksbegehren kann durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten in den folgenden Eintragungsräumen der Abstimmungsbehörde (Nummer 1 bis ...) bis Montag, den 3. Dezember 2012, 16 Uhr und bei den weiteren Eintragungsstellen (Nummer ... bis ...) bis Freitag, den 30. November 2012 unterstützt werden:

Lfd. Nummer	Eintragungsstellen	Eintragungszeiten
1	Amt Peitz, Bürgerbüro Schulstraße 6, 03185 Peitz	Mo. u. Mi.: 09:00 - 15:30 Uhr Di. u. Do.: 09:00 - 18:00 Uhr Fr.: 09:00 - 12:00 Uhr

Personen, die sich in die Eintragungslisten eintragen wollen, haben sich über ihre Person auszuweisen (§ 7 Abs. 1 Volksbegehrensverfahrensverordnung - VVVBbg).

Wer sich in die Eintragungsliste einträgt, muss persönlich und handschriftlich unterzeichnen. Neben der Unterschrift sind Familienname, Vorname, Tag der Geburt, Wohnort und Wohnung, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung oder gewöhnlicher Aufenthalt, sowie der Tag der Eintragung lesbar einzutragen (§ 18 Abs. 1 VAGBbg i. V. m. § 8 Abs. 1 VVVBbg). Eine Eintragung kann nach § 18 Abs. 2 VAGBbg nicht mehr zurückgenommen werden.

Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage sind, die Eintragung selbst vorzunehmen und dies mit Hinweis auf ihre Behinderung zur Niederschrift erklären, werden von Amts wegen in die Eintragungsliste eingetragen (§ 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg i. V. m. § 8 Abs. 2 VVVBbg). Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung den Eintragungsraum nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen können, können eine Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) mit der Ausübung ihres Eintragsrechts beauftragen. Hierfür ist der Hilfsperson eine entsprechende Vollmacht durch die eintragungsberechtigte Person auszustellen (§ 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg i. V. m. § 7 Abs. 4 VVVBbg).

B) Unterstützung des Volksbegehrens durch briefliche Eintragung

Jeder Eintragungsberechtigte hat das Recht, auf Antrag das Volksbegehren durch briefliche Eintragung zu unterstützen. Der Antrag kann von der eintragungsberechtigten Person selbst oder einer von ihr bevollmächtigten Person schriftlich, elektronisch (z. B. per E-Mail oder Fax) oder mündlich (zur Niederschrift) bei der **Abstimmungsbehörde** gestellt werden, in der die eintragungsberechtigte Person ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung, oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bei der elektronischen Antragstellung ist der Tag der Geburt der antragstellenden Person anzugeben (§ 15 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg). Eine fernmündliche Antragstellung ist unzulässig.

Die antragstellende Person kann sich bei der Antragstellung auch der Hilfe einer Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) bedienen (§ 15 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg). Eintragungsscheine können bis zwei Tage vor Ablauf der Eintragsfrist beantragt werden (§ 8a Abs. 5 VVVBbg).

Die für die briefliche Eintragung erforderlichen Unterlagen (Eintragungsschein und Briefumschlag) werden der antragstellenden Person entgeltfrei übersandt.

Die Eintragung muss persönlich vollzogen werden. Wer wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage ist, die briefliche Eintragung persönlich zu vollziehen, kann sich der Hilfe einer Person (Hilfsperson) bedienen (§ 15 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg). Auf dem Eintragungsschein hat die eintragungsberechtigte Person oder die Hilfsperson gegenüber der Abstimmungsbehörde an Eides statt zu versichern, dass sie die Erklärung der Unterstützung des Volksbegehrens persönlich oder nach dem erklärten Willen der eintragungsberechtigten Person abgegeben hat (§ 15 Abs. 7 VAGBbg).

Bei der brieflichen Eintragung muss der Eintragungsberechtigte den Eintragungsschein so rechtzeitig an die auf dem amtlichen Briefumschlag angegebene Stelle absenden, dass der Eintragungsbrief dort spätestens am 3. Dezember 2012, 16 Uhr eingeht. Der Eintragungsbrief wird innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich von der Deutschen Post AG unentgeltlich befördert. Der Eintragungsbrief kann auch bei der auf dem Briefumschlag angegebenen Stelle abgegeben werden.

Das verlangte Volksbegehren hat folgenden Wortlaut: „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“

Der Landtag möge beschließen, die Landesregierung aufzufordern, in Verhandlungen mit dem Land Berlin einzutreten, um den Staatsvertrag vom 7. August 1997 über das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg und über die Änderung des Landesplanungsvertrages, geändert durch Staatsvertrag vom 5. Mai 2003, wie folgt zu ändern:

„Der im Gesamttraum Berlin-Brandenburg bestehende Bedarf an Luftverkehrskapazitäten soll derart gedeckt werden, dass am Flughafen Berlin-Brandenburg International (BER) Tagflug aber kein planmäßiger Nachtflug stattfindet, um Lärmbetroffenheiten zu reduzieren.“

„Dabei soll der nationale und internationale Luftverkehrsanschluss für Berlin und Brandenburg nicht allein auf den Ballungsraum Berlin konzentriert werden.“

„Dieser Gesetzestext ersetzt Satz 1 und 2 des in den Ländern Berlin/Brandenburg gültigen § 19 Abs. 11 LePro (Landesentwicklungsprogramm).

Satz 3 und Satz 4 des § 19 Abs. 11 LePro entfallen.“

Begründung:

Die bisher geltende Fassung des § 19 Abs. 11 LePro ist eine der Rechtsgrundlagen sowohl für den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg LEP BB als auch für die luftrechtliche Fachplanung. Der bisherigen Fassung von § 19 Abs. 11 LePro entnehmen Landesentwicklungsplan und Fachplanung die Legitimation, durch Schaffung eines nächtlichen Kapazitätsangebots an die Luftverkehrswirtschaft das Ruhebedürfnis der betroffenen Bevölkerung dem wirtschaftlichen Profit der - im Eigentum der öffentlichen Hand befindlichen - Flughafengesellschaft und der Luftverkehrsgesellschaften zu opfern. Dem schiebt die Volksinitiative durch die Neufassung des Gesetzestextes einen Riegel vor.

Gemäß dem Landesentwicklungsplan LEP BB hat dieses Gesetz weiterhin Gültigkeit und gibt Vorgaben sowohl für zukünftige Landesentwicklungspläne wie auch für die luftverkehrsrechtliche Fachplanung.

Der Volksinitiative liegen neuere Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung und über Art und Umfang der durch Flugroutenfestsetzungen betroffenen Siedlungsgebiete zu Grunde. Durch die Formulierung, dass kein planmäßiger Nachtflugbetrieb am Flughafen Schönefeld stattfinden soll, wird sichergestellt, dass sich das Nachtflugverbot auf den gewerblichen Flugverkehr bezieht und andere Flüge (Not- und Rettungsflüge etc.) nicht ausgeschlossen werden sollen.

Die beabsichtigte Neuregelung macht es ferner möglich, nächtliche Flugbewegungen insbesondere im Charter- und Pauschalreiseverkehr auch an anderen Startorten durchzuführen.

Zu Verspätungsregelungen und detaillierten luftverkehrstechnischen Regelungen fehlt es an einer Zuständigkeit des Landesgesetzgebers. Zumindest würde dieser Regelungsinhalt nicht in die Kompetenz der Landesplanung fallen. Mit dem Volksbegehren wird die Wiederinbetriebnahme bzw. die Aufrechterhaltung der Flughäfen Tempelhof und Tegel nicht beabsichtigt.

NACHTFLUG STÖRT DEN SCHLAF UND GEFÄHRDET DIE GESUNDHEIT:

Das Umweltbundesamt bewertet den wissenschaftlichen Erkenntnisstand aufgrund einer aktuellen Studie aus dem Jahr 2010:

„Für Herz- und Kreislauferkrankungen ist nachgewiesen: Im Vergleich zu Personen, die keinem Fluglärm ausgesetzt sind, steigt das Erkrankungsrisiko betroffener Personen mit zunehmender Fluglärmbelastung. Auch bei psychischen Erkrankungen findet sich ein relevanter Befund: Bei Frauen sind die Erkrankungsrisiken für Depressionen signifikant erhöht.“

Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit der vorausgegangenen ‚Arzneimittelstudie‘ des UBA, die höhere Medikamentenverschreibungen bei Personen nachwies, die nächtlichem Fluglärm ausgesetzt sind. Eine große Studie im Umfeld verschiedener europäischer Flughäfen (HYENA-Studie) aus dem Jahr 2008 stellte ebenfalls fluglärmbedingte Gesundheitsrisiken fest: Personen, die verstärkt vom Nachtfluglärm betroffen sind, weisen häufig höhere Blutdruckwerte auf, als Menschen in ruhigeren Wohngebieten.“

Auch das Bundesverwaltungsgericht hat sich eindeutig dazu bekannt, dass eine Gesundheitsgefährdung von Lärmbetroffenen unterbleiben muss (Urteil vom 21.3.1996 Az.4 C 9.95):

„Diese Verpflichtung trifft ihn [den Staat, d.V.] erst recht, wenn der Eingriff auf seinem eigenen Verhalten beruht. Dabei kann sich der Staat nicht ohne weiteres mit vorhandenen Erkenntnisdefiziten ‚entschuldigen‘. Dies ist bereits dann nicht zulässig, wenn die Risiken einer Gesundheitsbeeinträchtigung bereits als solche bekannt sind. Die Gesundheitsschädlichkeit muss nicht erst bewiesen werden, um eine Regelungspflicht des Staates auszulösen. Auch Gesundheitsgefährdungen - werden sie erkannt oder als im Risikobereich liegend für hinreichend wahrscheinlich angesehen - verpflichtet zu Handeln. Auch hier mögen vielfache Erkenntnisdefizite bestehen. Der Staat muss ihnen - etwa bei der Festsetzung von Grenzwerten - durch Sicherheitsmargen zu begegnen suchen.“

Dennoch hält die brandenburgische Landesregierung im Planergänzungsverfahren für den Flughafen Schönefeld bis zu 113 Flüge in einer Nacht für zulässig. Hiergegen sind Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Die brandenburgische Landesregierung fühlt sich durch ihre eigene gesetzliche Regelung im § 19 Abs. 11 Landesentwicklungsprogramm (LePro) die für die Länder Berlin und Brandenburg gilt, in ihrem großzügig nachflugfreundlichen Handeln zum Nachteil der vom nächtlichen Fluglärm gepeinigten Bevölkerung bestätigt.

Die Volksinitiative wendet sich gegen diese gesetzliche Regelung und zwingt in der Folge die Landesregierung die Landesentwicklungspläne Flughafenstandortsicherung wie auch den Landesentwicklungsplan Berlin- Brandenburg zu überarbeiten, da in diesen Plänen von einer Zulässigkeit des Nachtflugs ausgegangen wird.

Namen und Anschriften der Vertreter und Stellvertreter:

Vertreter:	Stellvertreter:
Prof. Wolf Carius Gerhart-Hauptmann-Allee 30 15732 Eichwalde	Markus Peichl Kladower Straße 2 14469 Potsdam
Dr. Gerhard Kalinka Heinrich-Zille-Straße 39 15827 Blankenfelde	Gudrun Claus Selchower Weg 18 15831 Mahlow
Robert Nicolai Fontaneplatz 5 15834 Rangsdorf	Christian Radtke-Kruft Siegfriedstraße 60 14513 Teltow
Matthias Schubert Unterberg 31 14532 Kleinmachnow	Martina Pohske Keplerstraße 23 15831 Mahlow
Martin Henkel Seestraße 68 15738 Zeuthen	Christian Selch Potsdamer Straße 2 15738 Zeuthen

Peitz, den 26.04.2012
(Dienstsiegel)

- Siegel Amt Peitz -

Die Abstimmungsbehörde (Unterschrift):

Elvira Hölzner
Amtdirektorin



**Wótgłosowańske zastojnstwo: Amt Picnjo
 Hochoza, Drjenow, Most, Janošojce, Turzej, Gatojce,
 Gmejna: Turnow-Pšiluk, Picnjo
 Głosowański wokrejs: 41 Sprjewja-Nysa I**

Wuzjawjenje

wó pšewježenju ludoweho požedanja "Za změnenje § 19 wótwstawk 11 krajnego wuwisoweho programa k pšesajženju krajnoplanowanskego zakaza nocnego létanja na létanišću Barliń Bramborska International (BER)!"
 Zastupniki ludoweje iniciatwy "Za změnu § 19 wótwstawk 11 krajnego wuwisoweho programa k pšesajženju krajnoplanowanskego zakaza nocnego létanja na létanišću Barliń Bramborska International (BER)!" su w pšawen času pšewježenje ludoweho požedanja pominali. Krajne kněžarstwo abo tšesina cłonkow krajneho sejma Bramborskeje njesu w póstajonem času § 13 wótwstawk 3 kazni ludoweho wótgłosowanja (VAGBbg) pšesiuwo dopušćenju ludoweho požedanja skjaržbu zapówdali. Ludowe požedanje móžo se wót wšykných do głosowanja wopšawjonych bergatkow a bergarjow wót

4. junija až do 3. decembra 2012

ze zapisanim do wupoloženych zapisaniškich listčinow abo z listowym zapisanim na tych zapisaniškich listčinach podpěrowas. Wópowědujucy § 17 wótwstawk 2 VAGBbg mógu bergarki a bergarje swójo pšawo na zapisanje ze zapisanim do amtskeje zapisaniškej listčiny jano pla toho wótgłosowanskego zastojnstwa teje gmejny wugbas, žož swójo bydlenje maju, pla wěcej bydlenjow swójo głowne bydlenje abo, jolic njamaju bydlenje w Zwězkowej republice, swójo wšedne pšebywanje maju; te bergarki a bergarje mógu swójo pšawo na zapisanje pak teke pla tych pod pismikom A) napisanych dalšnych zapisaniškich městnach wugbas.

Do zapisanja wopšawjone su wópowědujucy § 16VAGBbg w zwisku z §§ 5 a 7 Bramborskeje krajneje wuzwolowanskeje kazni (BbgWahlG) wšyknje nimске bergarki a bergarje, kenž su w casu zapisanja abo nejžpózdzej dnja **3. decembra 2012**

- swójo 16. žywińske lěto dopohlili, pótken se pšed 4. decembrom 1966 naróžili su,
- nanejminjeji njajsec w Bramborskej swójo stawne bydlenje maju abo, jolic njamaju bydlenje w Zwězkowej republice Nimska, swójo wšedne pšebywanje maju ako teke
- njesu pó § 7 BbgL WahlG wuzamknjone z wuzwolowanskego pšawa.

A) Podpěrowanje ludoweho požedanje ze zapisanim do zapisaniškich listčinow

Ludowe požedanje móžo se ze zapisanim do wupoloženych zapisaniškich listčinow w slědujucych zapisaniškich rumnosćach wótgłosowanskego zastojnstwa (numer 1) až do pónježele, 3. decembra 2012, zeger 16.00 gožin a we dalšnych zapisaniškich městnach (numer – do-) až do pětka, 30. nowembra 2912 podpěrowas:

Běžny numer	zapisaniške městna	zapisanske case
1	Amt Picnjo – Berarski běrow šulska droga 6, 03185 Picnjo	pónježela a srijoda wót 09:00 do 15:30 góž wutora a stwórk wót 09:00 do 18:00 góž pětk wót 09:00 do 12:00 góž

Wósoby, kenž kšé se do zapisaniškich listčinow zapisas, maju se wó swójej wósobie wupokazas (§ 7 wótwstawk 1 jednanskego porěda ludoweho požedanja – VVVBbg).

Chtož se do zapisaniškej listčiny zapisujo, musy wósobinski a rukopisnje podpisaš. Mimo podpisa muse se familijowe mě, pšedně, žen naróženja, bydleriske městno a bydlenje, pla wěcej bydlenjow głowne bydlenje abo wšedne pšebywanje, ako teke žen zapisanja zapisas, tak až se daju derje cytaš (§ 18 wótwstawk 1 VAGBbg w zwisku z § 8 wótwstawk 1 VVVBbg). Zapisanje njamóžo se pó § 18 wótwstawk 2 VAGBbg wěcej slědk wzes.

Do zapisanja wopšawjone wósoby, kenž dla šěneho bracha njjesu w položenju, zapisanje sami wugbas a to z pokazku na swój brach napisas daju, se pó zastojnstku do zapisaniškej listčiny zapisu (§ 15 wótwstawk 2 VAGBbg w zwisku z § 8 wótwstawk 2 VVVBbg).

Do zapisanja wopšawjone wósoby, kenž dla šěneho bracha do zapisaniškej rumnosći pís njamógu abo jano pod nješpisiwajucymi šěžkosćami, mógu wósobie swójeje dowěry (pomocna wósoba) nadawk daš, swójo zapisaniške pšawo wugbas. Za to ma do zapisanja wopšawjona wósoba pomocnej wósobie wópowědujucy polnomoc wupisaš (§ 15 wótwstawk 2 VAGBbg w zwisku z § 7 wótwstawk 4 VVVBbg).

B) Podpěranje ludoweho požedanja z listowym zapisanim

Kuždy do zapisanja wopšawjony ma pšawo, na pšosbu ludowe požedanje z listowym zapisanim podpěraš. Pšosba móžo se wót do zapisanja wopšawjoneje wósoby sameje abo jedneje wót njjeje spolnomocnjoneje wósoby pisnje, elektronski (na pšiklad z e-mail abo faksom) abo wustnje (za napisanje) we wótgłosowanskem zastojnstwie stajš, w kotaremž do zapisanja wopšawjona wósoba swójo bydlenje, pla wěcej bydlenjow swójo głowne bydlenje, abo swójo wšedne pšebywanje ma. Pši elektronski stajonej pšosbe musy se žen naróženja pšosbu stajuceje wósoby pódaš (§ 15 wótwstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 wótwstawk 2 sada VAGBbg). Telefoniske stajanje pšosby njjejo dowólone. Pšosbu stajeca wósoba móžo pši stajajnu pšosbu teke pomoc wósoby swójeje dowěry (pomocneje wósoby) wuzywaš (§ 15 wótwstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 wótwstawk 2 sada 2 VAGBbg).

Zapisaniške lopyna mógu se až do dwa dnja pšed zakončenim zapisaniškego casa požedas (§ 8a wótwstawk 5 VVVBbg).

Za listowe zapisanje trěbne pódlóžki (zapisaniške lopyno a listowa wobaika) se požedanje stajucej wósobie dermo pšipósćelu.

Zapisaš musy se wósobinski. Chtož dla šěneho bracha w položenju njjejo, listowe zapisanje wósobinski pšewjasc, móžo pomoc jedneje wósoby (pomocna wósoba) wuzywaš (§ 15 wótwstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 wótwstawk 2 sada 2 VAGBbg). Na zapisaniškem lopynje ma do zapisanja wopšawjona wósoba abo pomocna wósoba napsěšiwio wótgłosowanskemu zastojnstwu jano mósto pšisegi wobwěsć, až jo wuzjawjenje podpěranja ludoweho požedanja wósobinski a pó wuzjawjonej wóli do zapisanja wopšawjoneje wósoby wótčala (§ 15 wótwstawk 7 VAGBbg).

Pši listowem zapisanju musy do zapisanja wopšawjony zapisaniške lopyno scasom na to na amtskej listowej wobalce pódate městno wótpósas, až zapisaniški list nanejžpózdzej 3. decembra 2012, do 16.00 gožin dožjo.

Zapisaniški list se we Zwězkowej republice Nimska jadnučki z Nimskim postom AG dermo pósredniwo. Zapisaniški list móžo se teke na tom na listowej wobalce pódatem městninje wótčadaš.

Pominane ludowe požedanje ma slědujucy pósłowny tekst:

"Za změnenje § 19 wótwstawk 11 krajnego wuwisoweho programa k pšesajženju krajnoplanowanskego zakaza nocnego létanja na létanišću Barliń Bramborska International (BER)!"

Daš krajny sejm wobzamkniwo, krajne kněžarstwo napominaš, stupiš do jednanjow z krajom Barliń, aby se statne dogrono wót 7. awgusta 1997 wó zgroamadnem krajnem wuwisowem programje krajowu Barliń

"Toś ten zawęzk trejfo jogo (stat, awtor) pśedewyšym, gaź ten statk bazérjuo na jogo swojśkem zazarzanju. Pśi tom njamózo se stat tak bzeze wšogo 'zagronis' z pśedležecymi deficitami póznasow. To juź pón njejo dowólone, gaź su riziki pśóškódowanja strowosci ako take juź znate. Strowotna škódnosć njemusy se akle dopokazaś, aby se zachopila rědowanja strowosci stata. Teke strowotne wobgroženja – gaź se póznawaju abo ako we rizikowem wobcerku lazece w dosegajucej mjeje wěrpědobne wogłěduju – zawěžuju k jadnanju. Teke how mógu wšakorake deficity, póznasow wobstojaś. Stat musy jim – nězi pla póstajanja granicznych gódnotow – wopytaś z wěstotnymi maržami znapěšeńšiw."

Weto ma Bramborske krajne kněžarstwo w procedere planowego wudopohnjenja za lětańišo Schönfeld až do 113 lětow w jednej nocy ako dopušćone. Pšesiwšo tomu su se zapódali skjarźby pśed Zwězkowym zastojnstwowym sudnistwom. Bramborske krajne kněžarstwo cujo se ze swojim swojśkim kazniskim rědowanim w § 19 wótstawk 11 krajnego wuwisowego programa (LePro), kenž plasi za kraja Barliń a Bramborska, we swojom wjelikomyslnem nocnym lětam pśijaśelnem jadnanju na škodu wót nocnego lětanja pinowaneje ludnosći wobkšuśona.

Ludowa iniciatiwa se wobrośijo pšesiwšo tomu kazniskemu rědowanju a nuzkujoo w dalšnem krajne kněžarstwo krajne wuwisowe plany zawěšćenje lětańišowych mještnow ako teke krajny wuwisowy plan Barliń-Bramborska wobzětaś, pšeto se w tych planach wuchada z dopušćenja nocnych lětow. Mjenja a adrese zastupnikow a zstupujucich zastupnikow

zastupnik
Prof. Wolf Carius
Gerhart-Hauptmann-Allee 30
15732 Eichwalde

zastupujucy zastupnik
Markus Peichl
Kladower Straße 2
14469 Potsdam

Dr. Gerhard Kalinka
Heinrich-Zille-Straße 39
15827 Blankenfelde

Gudrun Claus
Selchower Weg 18
15831 Mahlow

Robert Nicolai
Fontaneplatz 5
15834 Rangsdorf

Christian Radtke-Kruft
Siegfriedstraße 60
14513 Teltow

Matthias Schubert
Unterberg 31
14532 Kleinmachnow

Martin Henkel
Seestraße 68
15738 Zeuthen

Christian Selch
Potsdamer Straße 2
15738 Zeuthen

Picno, dnja 26.04.2012

(službny zyglisk)

Wótgowsowańske zastojnstwo (pódpis): gez. Elvira Hölzner
Amtdirektorin

a Bramborska a wó změnenju krajnoplowanawanskego dogrona, změnjone ze statnym dogronom 5. maja 2003, ako slědujo změni:

"Ta w celom teritoriumje Barliń-Bramborska wobstojeća potřeba kapacitow pówěšowanego wobchada dej se tak zawěšćić, až na lětańišu Barliń-Bramborska International (BER) se wednjo lěta ale se žedno planowane nocne lětanje njewótmějo, aby se zadoralo zogolowym wobšěznosćam."

"Pśi tom njedej se narodne a mjaznarodne pśizamknjenje pówěšowanego wobchada za Barliń a Bramborsku jano na kopjeński rum Barliń koncentrowaś."

"Toś ten kazniski tekst narownajo saze 1 a 2 togo w krajoma Barliń / Bramborska plaśecego § 19 wótstawk 11 LePro (krajny wuwisowy program).
Saze 3 a 4 § 19 wótstawk 11 krajnego wuwisowego programa (LePro) wótpadnotej."

Wobtwarjenje:

Donětańša plaśeca wersija § 19 wótstawk 11 krajnego wuwisowego programa (LePro) jo jedna tych kazniskich zakladow za krajny wuwisowy plan Barliń-Bramborska LEP BB ako teke za pówěšowkazniske fachowe planowanje. Z donětańšenej wersije § 19 wótstawk 11 LePro wzēju krajny wuwisowy plan a fachowe planowanje legitimaciju, z wutwórjenim nocnych kapacitow pówěšowobchadnemu góspodarstwujo woprowaś potřebnosć za měrom potřejonemu wobydlarstwa góspodarskemu profitoju lětańišowego towaristwa a pówěšowobchadowych towaristwow, kenž su we wobsejženstwie zjawneje ruki. Tomu co ludowa iniciatiwa z nowuju wersiju kazniskogo teksta zadoras. Wótpowědujucy krajnemu wuwisowemu planuju LEP BB ma toś ta kazn dalej plaśiwosć a dajo směńice za pśiduce krajne wuwisowe plany ako teke za kazniske pówěšowobchadowe fachowe planowanje. Ludowej iniciatiwje pśedlaže nowe dopóznáša slěženjow wó wugbasach zogola a wó waśni a wobšymosći dla póstajonych lětańskich rutow potřejonych sedlenskich rumow. Z formulaciju, až njedej se žedno planowane nocne lětanje na lětańišu Schönfeld pšewjaść, dej se zawěšćić, až se zakaz nocnych lětow póšęgujo na želarstwo lěty a druge lěty (nuzowe a wumóženške a dalšne) se z tym wuzamknus njedej.

Wótmyslone noworědowanje zmóžnijo dalej, nocne lětanje wosebnje w šarterowem a pawšalnem drogowańskem wobchaze teke na drugih mještnach pšewjaść.

Za rědowanja zapóždženjow a detailerowaných pówěšowobchadowých techniskich rědowanjow feluju krajnemu kaznidawarjeju na pśisušnosći. Nanejmnjej njebu take wopšimješowe rědowanje padnulo do kompetence krajnego planowanja. Z ludowym póžedanim njego wótmyslone zasejuwuwanje respektywne zachowanje lětańišowu Tempelhof a Tegel.

Nocne lětanje mólijo spanje a wogrozujo strowosć:

Wobswětlowy amt zwězka gódnosćijo wědomnostny staw dopóznasow na zaklaže aktualneje studije z lěta 2010:

"Za wušobowe a wobęgowe chórosći jo dopokazane: W pširowanju z wósobami, kenž njejsu wustajone lětańskemu zogolaju, stupa riziko schórjenja potřejoných wósobow z pšiběrajućeju lětańskeju wobšěznosću. Teke pla psychiskich schórjenjach se namakajo relewantny pšepytk: Pla ženskich su rizika schórjenja na depresjach signifikantnje pówušone.

Toś te wuslědkki stoji w zwisku z pšedchadnej 'studiju gójeńskich srědnosćow' UBA, kótaraz jo dopokazala wěcej zapisanijow medikamentow pla wósobow, kenž su wustajone nocnemu lětańskemu zogolaju. Wjelika studija we wokolnosći wšakich europejskich lětańišow (HYENA-studija) z lěta 2008 jo tejerjowosći zwěšćila: wósobu, kenž su w pówušonej mjeje potřejonje wót zogola nocnego lětanja, maju cescejšy raz wušę gódnoty kšejnego šišća, ako luze w měrných bydleniskich wobcerkach."

Teke Zwězkowe zastojnstwowe sudnistwo jo se celo jasnje k tomu póznalo, až se wogroženje strowosci wót zogola potřejoných stas njemějo (wusud wót 21.3.1996 Az 4 C 9.95):

Ende der Öffentlichen Bekanntmachungen

**Nächster Redaktionsschluss:
Donnerstag, 10.05.2012, 16:00 Uhr**

**Nächster Erscheinungstermin:
Mittwoch, 23.05.2012**